



Neujahrsempfang 2020

Ansprache Bürgermeister Dr. Tobias Benz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„Das alte Jahr hat's schlau gemacht, fort ist's bei Nebel und bei Nacht. Zum großen Glück für fern und nah, war auf der Stell ein andres da.“ – mit diesen launigen Worten Johann Peter Hebels darf ich Sie herzlich zum traditionellen Neujahrsempfang der Gemeinde Grenzach-Wyhlen begrüßen. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes, gutes neues Jahr 2020 und freue mich sehr, dass Sie heute so zahlreich gekommen sind. Ein herzlicher Willkommensgruß gilt unseren Abgeordneten des Deutschen Bundestags, Dr. Christoph Hofmann und Gerhard Zickenheiner, der Landtagsabgeordneten Sabine Hartmann-Müller sowie unserer Landrätin Marion Dammann, die im Dezember mit einem sehr guten Ergebnis wiedergewählt wurde. Aus den umliegenden Städte und Gemeinden begrüße ich die Rheinfelder Bürgermeisterin Diana Stöcker und Bürgermeister Philipp Schmid aus Efringen-Kirchen. Ich freue mich auch über die Anwesenheit unserer Kreisrätinnen Annette Grether und Katja Schäfer. Besonders heiße ich auch Altbürgermeister Hansjörg Könsler sowie Erika Richter, die Witwe unseres im Juli vergangenen Jahres verstorbenen Ehrenbürgers Dr. Erhard Richter, willkommen. Ich begrüße ferner die Vertreter der Presse, der Kirchen und sozialen Einrichtungen, unserer Schulen, der Polizei, von Industrie und Gewerbe sowie der Kreditinstitute! Im neuen Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Seit drei Generationen herrscht nun Frieden in Europa. Sieger und Besiegte reichten sich die Hand und schlossen sich unter dem Dach der Europäischen Union zu einer Staaten-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammen. Es ist eine der längsten Friedensperiode der Geschichte! 1989, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Untergang der Sowjetunion prägte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama den Begriff vom Ende der Geschichte. Dahinter steckte die Idee, dass sich Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit überall als Ordnungsprinzip durchgesetzt hätten. 30 Jahre später müssen wir ernüchternd feststellen, dass dies leider nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Die europäische Idee, Frieden und die freiheitlich-demokratische Ordnung sind für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir sind träge geworden, für diese Werte jeden Tag und immer wieder aufs Neue einzutreten – im Kleinen wie im Großen. Das ist mühsam, aber notwendig und beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld jedes Einzelnen. Zivilcourage ist gefragt. Denn in Wahrheit sind diese Errungenschaften höchst fragil, bedroht von Gefahren von innen und außen. Eine Demokratie lebt vom Diskurs und von der inhaltlichen Auseinandersetzung. Wo aber die Regeln des Anstands verletzt werden, wo Hetze, Beleidigung und Diffamierung Einzug halten, wo Mandatsträger beschimpft und bedroht werden, wo persönlicher Egoismus und Partikularinteressen zunehmend die Überhand gewinnen über Gemeinwohlorientierung, gerät unsere Demokratie in Gefahr. Was immer mehr verloren geht zwischen den Extremen ist die Fähigkeit zum Kompromiss, zum gegenseitigen Zuhören, zum konstruktiven Austausch von Sachargumenten und der Suche nach tragfähigen Lösungen. Ich wünsche uns daher für das neue Jahr, dass wir uns immer wieder vergegenwärtigen mögen, wie wunderbar, aber keineswegs selbstverständlich es ist, seit 75 Jahren in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben zu dürfen. Viele der eben dargestellten Entwicklungen sind in unterschiedlicher Ausprägung leider auch auf kommunaler Ebene bemerkbar, wo die Politik so nah wie nirgends an den Bürgerinnen und Bürgern ist und das unmittelbare Lebensumfeld prägt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat vergangenes Jahr bei der 40. Hauptversammlung des

Deutschen Städtetags in Dortmund die Städte und Gemeinden unseres Landes als „Fundament unserer Demokratie“ bezeichnet. Lassen Sie uns gemeinsam mit unsere Anstrengungen an diesem Fundament ansetzen!

Von Goethe stammt das Zitat: „Das neue Jahr sieht mich freundlich an, und ich lasse das alte mit seinem Sonnenschein und Wolken ruhig hinter mir.“ In diesem Sinne möchte ich im Folgenden für unsere Gemeinde Grenzach-Wyhlen einen Ausblick auf 2020 wagen und gleichzeitig ein Resümee des vergangenen Jahres ziehen.

Die Frage der Wohnraumversorgung ist in Grenzach-Wyhlen, wie in vielen Kommunen bundesweit, eine der größten Herausforderungen, die neue soziale Frage unserer Zeit. Unsere Gemeinde liegt im Herzen des Dreiländerecks und der Metropolregion Basel mit insgesamt über 800.000 Menschen. Hier befindet sich das weltweit zweitgrößte Life-Science-Cluster. Grenzach-Wyhlen und die gesamte Region profitieren hiervon. Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass der Landkreis Lörrach zwischen 2007 und 2017 mit 44,9 Prozent bundesweit den zweithöchsten Anstieg der Primäreinkommen der Bevölkerung zu verzeichnen hatte. Die wirtschaftliche Entwicklung, auf deutscher wie auf Schweizer Seite, verläuft seit Jahren sehr dynamisch und alle Prognosen gehen von einer Fortsetzung aus. Allein für den Korridor Hochrhein wird in den kommenden 15 Jahren mit einem Bevölkerungszuwachs zwischen 15.000 und 20.000 Personen gerechnet – Basel-Stadt ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Diese Entwicklung mag man gut oder schlecht finden, ihr entziehen können wir uns nicht.

Eine aktuelle Prognos-Studie zum deutschen Immobilienmarkt zeigt eine starke Dualität: Einerseits Regionen, hauptsächlich im Osten, aus denen die Menschen wegziehen. Dort sank zwischen 1991 und 2018 die Bevölkerung um zwei Millionen Menschen auf den niedrigsten Stand seit 1905. Auf der anderen Seite identifiziert Prognos 138 regionale Wohnungsmärkte, zu denen neben Großstädten auch wirtschaftsstarke, eher ländlich geprägte Boomregionen wie der Oberrhein und Hochrhein gehören, die einen starken Zuzug und damit verbunden einen erheblich angespannten Wohnungsmarkt mit einem hohen Nachfrageüberhang aufweisen. In diesen Regionen wohnen 37,6 Mio. Menschen, also rund 46 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf einem Markt führt zur Bildung eines Preises, der somit die relative Knappheit von Gütern widerspiegelt. Auf dem Immobilienmarkt ist das nicht anders. Bundesweit fehlen schätzungsweise über 1 Mio. Wohnungen. Gleichzeitig ist die Nachfrage, auch bedingt durch den Nettozuzug von 2,5 Millionen Menschen nach Deutschland zwischen 2011 und 2016, deutlich angestiegen. Dies führt Leerstand und Stagnation auf der einen Seite, stark steigende Miet- und Kaufpreise in Schwarmregionen wie der unsrigen. Heruntergebrochen auf die lokale Ebene besteht nach einer Studie der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee aus dem Jahr 2017 im gesamten Landkreis Lörrach selbst unter konservativen Annahmen bis 2035 ein Bedarf von rund zusätzlichen 15.500 Wohneinheiten. Für Grenzach-Wyhlen berechnet diese Studie einen Wohnraumbedarf von 1.300 Wohneinheiten. Verschärft wird die Entwicklung dadurch, dass die Zahl der Sozialmietwohnungen in dramatischer Weise zurückgeht. Gab es 1990 bundesweit noch 2,87 Mio. sozial geförderte Wohnungen, hat sich der Bestand bis 2017 auf 1,22 Mio. verringert und wird 2020 nur noch 1,07 Mio. betragen. Grund für diese Entwicklung ist das Auslaufen der Sozialbindungen, die nicht durch neu entstehende Wohnungen kompensiert wurden, da der soziale Wohnungsbau beinahe zwei Jahrzehnte ausgesetzt wurde und nur langsam wieder in die Gänge kommt. Zurück zur lokalen Ebene: In Grenzach-Wyhlen spüren wir seit Jahren eine Explosion der Mieten und Kaufpreise, bedingt durch die hohe Nachfrage, die auf ein knappes Angebot trifft. Unsere Sozialabteilung hat eine Liste mit einer dreistelligen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die dringend eine Wohnung suchen und im Extremfall von Obdachlosigkeit bedroht sind. Jede Woche erreichen uns zig Anfragen nach Wohnungen und Grundstücken, übrigens in vielen Fällen von Kindern und Enkelkindern Grenzach-Wyhlener Bürgerinnen und Bürger, die nach ihrer Ausbildung oder ersten beruflichen Stationen wieder in ihre Heimat zurückkehren möchten. Wir

bekommen Nachricht von jungen Familien, aber auch von Seniorinnen und Senioren, die aus unserer Gemeinde wegziehen, da sie hier keinen adäquaten Wohnraum finden. Die Baugenossenschaft Grenzach-Wyhlen spürt diese hohe Nachfrage ebenfalls massiv. Vor dieser Entwicklung kann und darf verantwortungsvolle Politik die Augen nicht verschließen, sondern muss handeln!

Wagen wir ein kleines Gedankenspiel: was würde passieren, wenn wir auf kommunale Ebene alle Neubauaktivität so restriktiv wie irgendwie möglich bekämpfen würden? Die Nachfrage nach Wohnraum wäre weiter sehr hoch, das Angebot knapp, die Miet- und Kaufpreise würden weiter steigen. Die Folge wäre Gentrifizierung und soziale Segregation in Reinkultur: Gutverdiener würden aufgrund der attraktiven Lage weiter nach Grenzach-Wyhlen ziehen, da für sie selbst die hohen Preise bezahlbar sind. Die Leidtragenden dieser Entwicklung wären die Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen oder Rentenbezieher, für sie würde das Wohnen zunehmend nicht mehr bezahlbar. Können wir es wollen, dass der Polizist, die Krankenschwester, der Gebäudereiniger, die Sekretärin, der Supermarktmitarbeiter oder der Altenpfleger sich das Wohnen hier nicht leisten können? Glauben wir ernsthaft, dass diese Menschen bereit sind, weit weg in Regionen mit niedrigerem Preisniveau zu ziehen und jeden Tag hierher zu pendeln, um ihre für unsere Gesellschaft wichtige Arbeit zu tun? Diese Negativentwicklung gefährdet den sozialen Zusammenhalt! Die hohen Miet- und Kaufpreise wirken sich zunehmend negativ auf die Fachkräftegewinnung in der Region aus, was wir übrigens auch als öffentlicher Dienst spüren. Eine ausreichende Wohnraumversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Ich denke, das dargestellte Szenario kann niemand wollen. Leider haben diejenigen, die dringend bezahlbaren Wohnraum suchen, in der Diskussion um die Schaffung von Wohnraum nur selten eine Stimme. Und häufig melden sich diejenigen zu Wort und sprechen davon, dass man am liebsten gar kein Wachstum mehr haben möchte, die selbst ihre Schäfchen im Trockenen haben, ein Häuschen oder gar mehrere Immobilien besitzen. Dass dort, wo sie wohnen vor einigen Jahren häufig auch noch grüne Wiese war, wird ausgeblendet. Wo stünden unsere Gemeinde und unser Land heute, wenn man vor 50, 100 oder 200 Jahren gesagt hätte: alles bleibt so wie es ist, wir wollen keine Veränderung, kein Wachstum?

Auch hier habe ich den Eindruck, dass die Diskussion zunehmend in Extremen verläuft, gerade bei diesem wichtigen Thema sind ein sachlicher Diskurs und die Suche nach tragfähigen Lösungen wichtig. Um es klarzustellen: Weder der Gemeinderat noch ich als Bürgermeister möchten Grenzach-Wyhlen zum Schlafvorort von Basel machen – im Gegenteil: die Bewahrung der Identität unserer Gemeinde ist ein zentrales Anliegen. Grenzach-Wyhlen möchte und kann auch nicht das Problem der Wohnraumversorgung von Basel und der gesamten Region lösen. Wir leben aber im Dreiländereck und jede Entwicklung auf einer Seite des Rheins hat automatisch Rückkopplungen und Auswirkungen auf die andere, daher müssen wir die Region gemeinsam und grenzüberschreitend entwickeln. Natürlich kann Grenzach-Wyhlen nicht unendlich wachsen. Grund und Boden sind knapp, endlich und nicht reproduzierbar. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen, die Entwicklung gestaltend lenken und dabei auch Wert auf städtebauliche Qualität legen. An der Schaffung zusätzlichen Wohnraums führt aber kein Weg vorbei. Nur mit Nachverdichtung im Innenbereich werden wir die Problematik nicht lösen, denn auch hier gibt es Grenzen. Das neue Quartier Kapellenbach-Ost ist für unsere Gemeinde die große Chance, die Entwicklung aktiv zu steuern. Der Gemeinde gelang es, große Teile der Fläche über den Erschließungsträger KE erwerben und kann nun die Schaffung von sozial gefördertem und preisreduziertem Wohnungsbau gestalten. Die Baugenossenschaft und die Kirche besitzen dort Flächen und werden sie entsprechend entwickeln. Und auch für die privaten Bauträger, die Grundstücke im Vorfeld erworben haben, wird es verbindliche Quoten für sozialen Wohnungsbau geben. In der Quartiersmitte entsteht gemeinsam mit dem St. Josefshaus und der Himmelspforte ein neues Pflegeheim, als Nachfolge der jetzigen Himmelspforte, dessen Betriebserlaubnis bis zur

Fertigstellung des Neubaus von der Heimaufsicht befristet wurde. Hinzu kommen Angebote der Tagespflege sowie betreutes und seniorengerechtes Wohnens. Bei der Entwicklung von Kapellenbach-Ost ist uns hohe städtebauliche Qualität wichtig, es soll ein durchmischtes Quartier werden mit alternativen Wohnformen vom Tiny-Haus, über Einfamilien- und Doppelhaushälften bis hin zum Geschosswohnungsbau. Attraktive Grünzonen unter Erhaltung des gewachsenen Baumbestandes sorgen für hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität. Durch das Wärmenetz, das die Abwärme von Wasserkraftwerk und Power-to-gas-Anlage nutzt, wird es ein weitgehend CO₂-freies, klimaneutrales Quartier und damit ein energetisches Musterbeispiel werden. Sicher, 650 Wohneinheiten auf 15 Hektar Fläche sind eine nicht unerhebliche Größe. Allerdings wird Kapellenbach-Ost, und das bitte ich zu berücksichtigen, nicht in einem Rutsch entwickelt, sondern in den kommenden zehn Jahren schrittweise in drei Bauabschnitten und stellt so auch mittelfristig die Wohnraumversorgung sicher. Die Erschließungsarbeiten für den ersten Bauabschnitt beginnen im Herbst dieses Jahres. Übrigens ist es keineswegs so, dass über die Entwicklung dieser Fläche kein breiter Diskurs geführt worden wäre: zunächst im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans in den Jahren 2011-2013. Dann mit mehreren Bürgerbeteiligungsformaten bei der konkreten Planung und natürlich mit einer intensive Beratung und Diskussion in den vergangenen vier Jahren im Gemeinderat, wo alle Fraktionen der Entwicklung des neuen Wohngebiets mit großer Mehrheit zugestimmt haben.

Natürlich müssen wir die Folgekosten des Wachstums berücksichtigen. Dies geschieht in Kapellenbach-Ost durch einen Infrastrukturkostenbeitrag, den jeder Eigentümer etwa für die Schaffung der erforderlichen Schulen- und Kitakapazitäten zu entrichten hat. Jeder neue Einwohner verursacht Kosten, bringt aber auch kontinuierliche jährliche Steuerzuweisungen. Und hier kommt zum Tragen, dass die sehr gute Infrastruktur mit Hallenbad, Freibad, den Sporthallen und öffentlichen Einrichtungen, auf die wir zurecht stolz sind und deren Annehmlichkeiten wir schätzen, für eine Gemeinde mit 15.000 Einwohnern im Vergleich überdimensioniert sind. Gebaut in Zeiten sprudelnder Gewerbesteuerereinnahmen, kommt diese Infrastruktur nun in die Jahre und muss dringend saniert werden. Bestes Beispiel ist unser Freibad, das von der damals eigenständigen Gemeinde Grenzach ausgelegt auf bis zu 12.000 Badegäste gebaut wurde! Die Becken müssen nach 60 Jahren erneuert werden, Kosten rund 3,8 Mio. Euro! Was ich damit sagen möchte: mit einem gesteuerten, verträglichem Wachstum erhöht sich die Finanzierungsbasis für den Erhalt unserer Infrastruktur. Und nicht zuletzt ist der Zuzug gerader junger Familien für die Gemeinde auch eine Bereicherung, denn ein solches Dorf hat Zukunft! Und wenn ich sehe, wie viele Neubürgerinnen und Neubürger sich in unseren Vereinen oder sozialen Initiativen ehrenamtlich engagieren, etwa als Übungsleiter oder Trainer, wird mir nicht bange, dass wir eine Schlafvorstadt von Basel ohne eigene Identität werden!

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches zur Ortsentwicklung sagen. Der Gemeinde liegt die Erhaltung der historischen Bausubstanz am Herzen, wie die Sanierung der Hebelschule, des Quellhüsli im Emilienpark, der Richter-Trotte oder die im neuen Jahr beginnende Planung für die Dach- und Fassadensanierung der historischen Wyhlener Rathäuser zeigen. Leider wurde in der Vergangenheit vieles zerstört, was wert gewesen wäre erhalten zu werden. Wenn sich ein Gebäude aber in privatem Eigentum befindet und nicht unter Denkmalschutz steht, hat die Gemeinde keinen Einfluss, den Abriss durch den Eigentümer zu verhindern. Das gilt für den Löwen in Grenzach genauso wie für die Rheinfelder Straße in Wyhlen. Die Gemeinde besitzt übrigens auch kein grundsätzliches Vorkaufsrecht bei Verkäufen von Immobilien, sondern hat diese Möglichkeit nur in sehr speziellen Fällen – ob der Käufer aus Deutschland Russland oder der Türkei kommt spielt hierfür keine Rolle. Wenn ein Neubau zudem den Vorgaben des Bebauungsplans entspricht, der aber nicht Architektur, sondern nur Kubatur und Dachform regelt, besteht ein Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung durch die Baurechtsbehörde – auch hier hat die Gemeinde keinen Einfluss. Da für die Neuplanung des Grenzacher Löwenareals aber eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich

ist, kann die Gemeinde aktiv gestalten und wird dies an diesem städtebaulich sensiblen Standort auch tun.

Als ich vor fünf Jahren meine Arbeit als Bürgermeister begonnen habe, haben wir gemeinsam mit dem ebenfalls neugewählten Gemeinderat bei einer Klausurtagung eine Strategie für die anstehende Periode ausgearbeitet und diese dann schrittweise umgesetzt. Es gab viele akute Herausforderungen und Probleme, die es anzugehen galt. Mit dem im vergangenen Jahr neugewählten Gemeinderat werden wir wieder in Klausur gehen, dabei aber, neben dem Blick auf die kommende Wahlperiode, den Horizont vergrößern mit dem Ziel, ein Leitbild 2040 für Grenzach-Wyhlen zu entwickeln. Die Gemeinderatsklausur soll der Auftakt sein, um die Entwicklungsstrategie im Rahmen eines mehrstufigen Beteiligungsprozesses gemeinsam mit der Bürgerschaft zu entwickeln. Ich darf an dieser Stelle bereits herzlich zur Teilnahme einladen. Die Qualität des Ergebnisses hängt entscheidend davon ab, dass sich ein repräsentativer Querschnitt der Bürgerschaft daran beteiligt!

Aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt stellte die Gemeinde die Unterbringung der ihr zugewiesenen Flüchtlinge vor eine große Herausforderung. Im vergangenen Jahr erhielten wir 26 Zuweisungen, insgesamt leben in Grenzach-Wyhlen derzeit 186 Geflüchtete, die dezentral in 42 angemieteten Wohnungen untergebracht sind. Diese Strategie ist zwar mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden, aber der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Für das Jahr 2020 erwarten wir die Zuweisung von sieben Flüchtlingen und damit eine Entspannung der Situation. Dies kann sich angesichts der geopolitischen Unsicherheit aber auch schnell wieder ändern! An dieser Stelle möchte ich dem Integrationsteam unserer Sozialabteilung sowie dem ehrenamtlichen Helferkreis Amiko für ihren Einsatz danken. Nicht zuletzt durch ihr großes Engagement ist die Integration der Flüchtlinge in Grenzach-Wyhlen auf einem guten Weg. Angesichts der Wohnungsnot weise ich bewusst auf ein Problem hin, hinter dem sich sozialer Sprengstoff verbirgt: viele Bürgerinnen und Bürger haben kein Verständnis dafür, dass die Gemeinde einerseits den ihr zugewiesenen Flüchtlingen Wohnungen zur Verfügung stellt, sie selbst auf dem Wohnungsmarkt, gerade im raren unteren Mietpreissegment aber keine Wohnungen finden. Der Verweis auf die Rechtslage hilft hier nicht weiter. Dieses Feld dürfen wir nicht den Populisten überlassen, sondern müssen handeln – durch die Schaffung von sozial gefördertem und preisreduziertem Wohnraum in unserer Gemeinde. Und das tun wir – wie dargestellt perspektivisch in Kapellenbach-Ost und bereits ganz konkret mit dem „Bündnis für Wohnen“ in dem sich die Baugenossenschaft Grenzach-Wyhlen, die Gemeinde sowie die Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft der Gemeinde zusammengeschlossen haben. Im Rahmen dieser Initiative baut die Baugenossenschaft derzeit 60 Wohneinheiten in der südlichen Gartenstraße, auf einem Grundstück, das die Gemeinde ihr zum halben Bodenrichtwert zur Verfügung gestellt hat. Auf diese Weise können 30 Wohneinheiten als Neubau zu einem Preis von 6,50 Euro vermietet werden. Direkt daneben baut die Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft der Gemeinde 21 sozial geförderte Wohnungen mit einem Ärztehaus. Spatenstich für dieses 7-Millionen Euro-Projekt wird Ende Januar sein.

Zwei Etagen dieses Neubaus werden für Arztpraxen zur Verfügung stehen. Einige der aktuell noch in Grenzach-Wyhlen praktizierenden Hausärzte werden sich dort zu einer Gemeinschaftspraxis zusammenschließen. Ziel ist, weitere Mediziner zu finden, die sich an dem Projekt beteiligen oder Hausärzte als Mitarbeiter anzustellen. Leider werden diese kommunalen Anstrengungen unterlaufen, wenn, wie zuletzt geschehen, unseren Hausärzten von der Prüfungsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Regressforderung in fünfstelliger Höhe wegen angeblicher Budgetüberschreitungen angedroht werden. Dies erhöht nicht gerade die Attraktivität des Hausarztberufs für junge Medizinerinnen und Mediziner, gerade auch angesichts der benachbarten Schweiz. Als Gemeinde versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen. Ein weiteres Ziel des Ärztehauses ist die Ansiedlung von Fachärzten. Die derzeitigen regulatorischen Vorgaben

fürten zu einer Zentrierung von Fachärzten in den großen Städten. Während in unserer Region Facharztmangel herrscht, gibt es in Freiburg, wo viele Medizinerinnen und Mediziner gerne zu wohnen scheinen, eine Überversorgung. Es herrscht dringender politischer Handlungsbedarf, um eine ausreichende haus- und fachärztliche in der Fläche sicherzustellen!

Die Realisierung der Umgehungsstraße B34 macht nun endlich Fortschritte. Nach dem sehr schleppenden Projektfortgang seit dem Spatenstich im August 2017 hatte die Gemeinde, unterstützt von unseren Bundestagsabgeordneten Armin Schuster und Christoph Hoffmann sowie den Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger und Sabine Hartmann-Müller, beim Regierungspräsidium und Verkehrsministerium interveniert und auf eine zügige Umsetzung gedrängt. Die Initiative war erfolgreich: Mittlerweile stehen endlich die personellen und planerischen Ressourcen zur Verfügung. Ende Januar 2019 präsentierte Abteilungspräsident Claus Walther im Gemeinderat einen aktualisierten Bauzeitenplan, der die Fertigstellung des Bauabschnitts Wyhlen zwar erst bis Ende 2024 vorsieht und bis jetzt wie zugesagt umgesetzt wurde: Seit September 2019 befindet sich der Kreisel Gmeiniweg im Bau, der das westliche Ende der Ortsumfahrung Wyhlen darstellt. Die Baumaßnahme wird nach heutigem Stand bis Ende Mai abgeschlossen sein. Im Jahr 2020 werden in der Solvaystraße und am Altrhein Versorgungsleitungen verlegt und die weiteren Planungen und Vergaben vorangetrieben.

Ein zentrales Zukunftsthema und auch ein wichtiger Standortfaktor ist der Breitbandausbau. Deutschland hinkt hier im internationalen Vergleich deutlich hinterher. Schnelles Internet gehört zur Daseinsvorsorge wie der Wasser- oder Stromanschluss! In unserer Region haben die Städte und Gemeinde gemeinsam mit dem Landkreis das Heft des Handelns selber in die Hand genommen und den Zweckverband Breitbandversorgung gegründet. Dieser verfolgt das Ziel, ein flächendeckendes kommunales Glasfasernetz aufzubauen und damit gegen das herrschende Marktversagen anzugehen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Frau Landrätin Dammann, für Ihre politische Initiative und das mutige Handeln in dieser Sache danken, der Landkreis Lörrach hat hier landesweit eine Vorreiterrolle. Im vergangenen Jahr hat der Breitbandausbau in unserer Gemeinde gute Fortschritte gemacht hat, insgesamt wurden bereits 25 Kilometer Glasfaserleitungen verlegt. Mit dem Rührberg und dem Gewerbegebiet Fallberg werden die am schlechtesten versorgten Bereiche von Grenzach-Wyhlen zwischenzeitlich mit schnellem Internetzugang versorgt, auf dem Neufeld sowie im Wyhlener Ortskern sind die Tiefbauarbeiten abgeschlossen, es müssen noch die Glasfasern eingezogen werden. Derzeit laufen die Planungen für die Anbindung des Schulzentrums sowie für den Breitbandausbau im Bereich „Im Tal“ in Grenzach, der im ersten Quartal 2020 starten soll.

Um die Chancen der Digitalisierung nutzen können, bedarf es funktionierende E-Government-Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Hier müssen Bund und Land endlich ihre Hausaufgaben machen und mit einer schlüssigen Digitalisierungsstrategie den Städten, Gemeinden und Landkreisen Lösungen zur Verfügung stellen, die vor Ort dann umgesetzt werden. Eine einzelne Kommune kann hier nur wenig bewirken. Länder wie Estland, wo Sie bis auf Immobilienkauf, Heirat und Scheidung alle Verwaltungsdienstleistungen schon heute digital abwickeln können, machen uns vor, wie E-Government funktioniert. Deutschland spielt hier leider noch Kreisliga und wirkliche Besserung ist nicht in Sicht. Was wir in Grenzach-Wyhlen für die Verwaltungsdigitalisierung tun können, gehen wir an. Im Jahr 2020 wird die E-Akte, also die digitale Aktenführung, in den ersten Fachbereichen eingeführt, zudem wird es zeitnah bei Ordnungswidrigkeiten die Möglichkeit der Online-Anhörung und der Bezahlung per Kreditkarte, paypal oder Online-Direktüberweisung geben. Aus dem EU-Projekt Wifi4EU, für das sich die Gemeinde beworben hat, erhalten wir Fördermittel von 15.000 Euro für den Ausbau von freiem W-LAN im öffentlichen Bereich. Dies werden wir in Kooperation mit dem Verein Freifunk Dreiländereck umsetzen. In Grenzach-Wyhlen gibt es noch immer noch Bereiche – und ich spreche nicht vom Gemeindewald – mit fehlender Mobilfunkabdeckung, ganz zu schweigen von den Funklöchern in der gesamten Region. Hier besteht

dringender Handlungsbedarf, möchte Deutschland als Industrienation im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss nicht verlieren!

Bereits in der Vergangenheit investierte die Gemeinde umfangreiche Mittel in die Digitalisierung der Schulen. Das Schulzentrum verfügt beispielsweise bereits über volldigitale Klassenzimmer. Aus den Digitalisierungsmilliarden des Bundes für Schulen erhält Grenzach-Wyhlen nun 534.000 Euro. So erfreulich die Mittel aus Berlin sind: Sie werden nur einmal fließen für die Erstanschaffung: Wartung und Unterhaltung sowie die Neuanschaffung nach Ende der maximal fünfjährigen Nutzungszeit werden die Kommunen selber zu bewältigen haben. Um diese Aufgabe dauerhaft erfüllen zu können, müsste die finanzielle Grundausstattung der Kommunen verbessert werden, statt Förderprogramme mit einmaligen Effekten zu schaffen.

Der Klimaschutz ist derzeit eines der wichtigsten politischen Themen, auch auf kommunaler Ebene. Die Gemeinde Grenzach-Wyhlen hat hier frühzeitig ihre Hausaufgaben gemacht und bereits im Jahr 2015 mit einem Bürgerbeteiligungsprozess ein kommunales Klimaschutzkonzept ausgearbeitet, das seither schrittweise umgesetzt wird. Der internationale kommunale Klimaschutzkongress ICCA 2019 im vergangenen Mai in Heidelberg brachte die Bedeutung der Kommunen auf den Punkt: „Cities are where climate is won or lost.“ Der jüngste Sachstandsbericht im Gemeinderat zeigt, dass wir hier, auch ohne Ausrufung eines Notstandes, auf einem guten Weg sind. Die energetische Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude, die LED-Umstellung der Straßenbeleuchtung, der Photovoltaik-Ausbau, die Realisierung der Nahwärmenetze, der Einführung von Wildblumenwiesen, der konsequente Ausbau des ÖPNV-Angebots, der Radinfrastruktur sowie von Car-Sharing sind nur einige Beispiele. Im Herbst 2019 startete zudem unsere Baumpflanzprojekt mit dem Ziel, innerorts Bäume zu pflanzen, Flächen zu entsiegeln und so einerseits das Ortsbild aufzuwerten, aber auch etwas für den Klimaschutz zu tun. Ab 2020 gibt es ein jährliches Budget in Höhe von 20.000 Euro für die zusätzlichen Baumpflanzungen, für die die Bevölkerung zu Vorschlägen aufgerufen ist. Am Mittwoch vergangener Woche unterzeichneten Gemeinde und Energiedienst die Gestattungsverträge für die neuen Nahwärmenetze. In Wyhlen wird die Abwärme der Generatoren des Wasserkraftwerks und der Power-to-Gas Anlage dazu genutzt, um das neue Quartier Kapellenbach-Ost sowie das Wohngebiet am Wasserkraftwerk komplett mit Wärme zu versorgen. Ein weiteres Nahwärmenetz entsteht in der Ortsmitte Grenzach. Neben den gemeindeeigenen Gebäuden und dem Projekt Neue Mitte wurde beim energetischen Quartierskonzept ein recht großer Perimeter in dieses Projekt einbezogen. Das Nahwärmenetz nutzt die Wärme eines Kondensatbehälters der DSM, wo stetig 250 Kubikmeter Wasser mit einer Temperatur von 95 Grad vorhanden sind, was bisher ungenutzt verpufft. Wir haben hier ein gewaltiges Potential von 8.000 Megawattstunden Wärme pro Jahr! Der für den Start des Wärmenetzes gewählte Bereich wird trotz seiner Größe maximal die Hälfte der vorhandenen Wärmekapazitäten nutzen, so dass noch viel Potential für den weiteren Ausbau besteht. Ich freue mich auf die Realisierung dieser beiden innovativen Leuchtturmprojekte, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und der Umsetzung der Energiewende vor Ort leisten.

Während das neue Wohnquartier am Hornacker von Stuckert nach knapp über zwei Jahren Bauzeit weitgehend abgeschlossen und bereits teilweise bezogen ist, herrscht südlich der Bahnlinie beim Hörnle-Projekt von ToKa noch immer Stillstand. In einem Gespräch mit der belgischen Muttergesellschaft Koramic vor Weihnachten wurde der Gemeinde eine zeitnahe Entscheidung zugesagt, wie es weitergeht. Da das Grundstück von der BIMA und damit vom Bund an die ToKa veräußert wurde, hat die Gemeinde keinen Rückabwicklungs- oder Schadensersatzanspruch. Ich hoffe aber, dass es hier nun endlich zeitnah Fortschritte gibt, schließlich geht es um das Entrée von Grenzach aus Richtung Basel, das derzeit mit der Brachfläche wenig einladend wirkt.

Die Entwicklung der beiden Ortsmitten in Grenzen sind zwei zentrale kommunalpolitische Projekte der Gemeinde. Für die Neue Mitte Grenzach wurde im Jahr 2019 mit der Überarbeitung des Bebauungsplans begonnen und das Vergabeverfahren vorbereitet. Für beides benötigt die Gemeinde eine Aktualisierung des Störfallgutachtens der benachbarten Industriebetriebe. Leider ist

der damit beauftragte Gutachter aus gesundheitlichen Gründen mehrere Monate ausgefallen, was zu Verzögerungen geführt hat. Das Störfallgutachten wird nun zeitnah vorliegen, so dass wir mit den nächsten Schritten des Projektes, das auch Teil der Internationalen Bauausstellung Basel (IBA) ist, fortfahren können. Für die Entwicklung der Ortsmitte Wyhlen wurde Ende März 2019 eine Planungswerkstatt durchgeführt, bei der die verschiedenen Planungsvarianten vorgestellt wurden. Im Dezember folgte ein Workshop mit den Gewerbetreibenden der Wyhlener Ortsmitte und dem Handwerker- und Gewerbeverein. Die Ergebnisse beider Beteiligungsformate werden im Frühjahr im Gemeinderat vorgestellt und in die weiteren Planungen für die Bebauung des Grundstücks Gartenstraße und die Gestaltung des Straßenraums in der Wyhlener Ortsmitte einfließen. Da die Mittel des städtebaulichen Erneuerungsprogramms bis 2023 befristet sind, muss im Lauf des Jahres im Gemeinderat unter Abwägung aller relevanten Aspekte eine Entscheidung getroffen werden, welche Planungsvariante umgesetzt wird. Mit den Fördermitteln wird 2020 zudem das Bahnhofsgebäude erneuert und auch energetisch saniert, was ein weiterer Puzzlestein der Neugestaltung der Wyhlener Ortsmitte ist.

Die Wirtschaftsförderung der Gemeinde verfolgt gemeinsam mit dem Handwerker- und Gewerbevereins das Ziel, den Einkaufstandort Grenzach-Wyhlen zu fördern. Die beiden Neue-Mitte-Projekte sind hierfür zentral, aber auch die derzeit laufende Fortschreibung unseres Zentren- und Einzelhandelskonzeptes sowie Initiativen wie die Digitalisierung der Bärenschecks und das Standortmarketing im Allgemeinen. Wichtig ist aber auch, dass der Verbraucher das vor Ort vorhandene Angebot im Alltag auch nutzen: Samstags die Verödung der Innenstädte beklagen, sonntags bei Amazon online bestellen und sich montags über den Lieferverkehr der Paketdienste aufregen – so funktioniert das nicht! Wir müssen, um das Motto des HGV aufzugreifen, bewusst offline kaufen, um das örtliche Gewerbe zu stärken und zu erhalten!

Trotz aller mitunter auch schmerzhaften Strukturwandels, den Grenzach-Wyhlen als Produktionsstandort der chemisch-pharmazeutischen Industrie in der Vergangenheit erfahren musste, sind wir noch immer eine Industriegemeinde. Neben Handwerks- und mittelständischen Betrieben und internationalen hidden champions wie Pentol sind wir Standort der Konzernen Bayer, DSM und BASF sowie Deutschland-Headquarter von Roche mit insgesamt über 3.000 Arbeitsplätzen. Allein im vergangenen Jahr haben die vier großen Industriebetriebe Investitionen in einem Umfang von 80 Millionen Euro am Standort Grenzach-Wyhlen getätigt. Von großen Teilen dieser Wertschöpfung profitieren unsere Gemeinde und die Region. Roche setzt die Vision des Campus um und baut derzeit das Flexible Office Building, Bayer siedelte mit Canesten eine neue, hochmoderne Produktionslinie an, DSM investiert ebenfalls umfangreich. BASF verzeichnet Rekordinvestitionen in hoher einstelliger Millionenhöhe und hat das Ziel, weltweites Kompetenzzentrum für die UV-Filterproduktion zu werden. Ich verstehe nicht, wie man angesichts dieses Investitionsvolumen, die ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Industriestandort Grenzach-Wyhlen sind, ernsthaft einen Abgesang auf eben diesen Industriestandort anstimmen kann, der keine Zukunft habe. Ich warne vor solchen Aussagen, die in den Konzernzentralen mit feinen Antennen registriert werden! Natürlich sind die Industriekonzerne nicht wegen der schönen Aussicht vom Hornfelsen in unserer Gemeinde, sondern aufgrund von Standortfaktoren, wie etwa attraktiven Bildungs- und Betreuungsangebote, schnelles Internet sowie ganz besonders die bereits angesprochene Wohnraumversorgung und damit verbunden ein gutes Angebot an Fachkräften. Ich bin überzeugt, dass Grenzach-Wyhlen auch im 21. Jahrhundert ein attraktiver Industriestandort ist, den wir gemeinsam mit der Industrie als Partner stetig weiterentwickeln. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg! Die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, besetzt mit Silke d'Aubert, die hier hervorragende Arbeit macht, hat sich als richtiger und absolut notwendiger Schritt erwiesen.

Bei der Weiterentwicklung des Gewerbe- und Industriestandorts hat Grenzach-Wyhlen derzeit eine große Einschränkung: es gibt keine verfügbare Flächen im Eigentum der Gemeinde, auf der man

Unternehmen ansiedeln könnte, obwohl es immer wieder Anfragen gibt. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn wir eine Heerschar weitere Wirtschaftsförderer einstellen würden! Daher verfolgt die Gemeinde hier eine doppelte Strategie: einerseits treiben wir die Entwicklung des neuen Gewerbegebiets Fallberg-Nord voran. Im vergangenen Jahr wurde im Gemeinderat hierfür ein erster städtebaulicher Entwurf präsentiert, derzeit läuft der Kauf der und wir bereiten das Bebauungsplan- und Umlegungsverfahren vor. In Fallberg-Nord wird es nicht darum gehen, möglichst schnell die Flächen zu vermarkten, sondern bewusst Unternehmen anzusiedeln, die Arbeitsplätze schaffen sowie Wertschöpfung und Gewerbesteuererinnahmen generieren. Auf diese Weise soll die derzeitige Abhängigkeit des Gemeindehaushalts von der chemisch-pharmazeutischen Industrie verringert werden. Bis dort die ersten Ansiedlungen möglich sind, wird es aber noch mindestens zwei bis drei Jahre dauern. Daher, und das ist der zweite Teil der Entwicklungsstrategie, rücken die Freiflächen auf dem 33 Hektar großen BASF-Areal in den Blickpunkt. Zur Steuerung der zukünftigen Nutzung wurde der Bebauungsplan Rheinvorland-West aufgestellt. Derzeit befindet sich der Bebauungsplan im Änderungsverfahren, mit dem Ziel, BASF als Eigentümerin in einigen Punkten, wie etwa der Größe des industriellen Kernbereichs, entgegen zu kommen, aber auch Anliegen der Gemeinde wie eine Entwicklungsvereinbarung für das Areal oder die Schaffung eines Grünzugs von der Grenzacher Ortsmitte zum Rhein sowie eine Wiedereröffnung des Rheinuferwegs zu erreichen. Hier haben wir im Dialog mit der BASF im vergangenen Jahr gute Fortschritte erzielt. Ich bin zuversichtlich, dass wir das Bebauungsplanänderungsverfahren bis Ende 2020 zum Abschluss bringen können, um dann im Folgeschritt gemeinsam mit der BASF die Freiflächen zu entwickeln. Dies kann aber nur im Einvernehmen mit BASF als Eigentümerin erfolgen!

Ende 2014 erteilte das Landratsamt die Genehmigung für die Einkapselung von Perimeter 2 der Kesslergrube. Die Gemeinde hat, unterstützt von den Schweizer Gemeinden Muttenz und Riehen, der Baugenossenschaft, dem BUND und dem BI Zukunftsforum dagegen Widerspruch eingelegt und schließlich Klage beim Verwaltungsgericht Freiburg erhoben. Anfang August fand die mündliche Verhandlung im Haus der Begegnung statt, Anfang Dezember ging uns das Urteil zu. Die Klage wurde leider abgewiesen. Nach Rücksprache mit unserem Anwalt, dem renommierten Umweltrechtler Prof. Sparwasser, hat der Gemeinderat beschlossen, für die Gemeinde als Klägerin die Zulassung zur Berufung zu beantragen und den BUND, der zwischenzeitlich Berufung eingelegt hat, bei seiner Berufung zu unterstützen. Unsere Schweizer Nachbarn aus Riehen und Muttenz haben ebenfalls die Berufung beantragt, was ein starkes Signal ist. Gemeinsam werden wir uns weiter für eine nachhaltige und generationengerechte Sanierung von Perimeter 2 der Kesslergrube einsetzen, dieser direkt am Rhein und in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung gelegenen Altlast. Es gibt einige vielversprechende Ansatzpunkte für die Berufung, das Verfahren wird in die nächste Runde gehen. Dagegen ist es erfreulich zu sehen, die Sanierung der Perimeter 1 und 3 durch Roche sehr gute Fortschritte macht.

Bei der Umsetzung des im Frühjahr 2015 präsentierten „Masterplan 2020“ für den bedarfsgerechten Ausbau unserer Kindergärten und Krippen wurden 2019 mit der Einweihung der neuen Kita Löwenzahn und der Erweiterung des Kinderhauses wichtige Meilensteine erreicht. In beiden Einrichtungen entstanden insgesamt fünf Kindergärten und vier Krippengruppen. Insgesamt hat die Gemeinde in den vergangenen fünf Jahren mit den beiden genannten Projekten und der neuen Kita in der Hebelschule über zehn Millionen Euro in den Ausbau der Kleinkindbetreuung und damit in frühkindliche Bildung investiert, was eine gewaltige Kraftanstrengung darstellt. Wir können stolz auf unsere modernen gemeineigenen Kitas sein! Mit diesem konsequenten Ausbau tragen wir zum einen dem seit August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz Rechnung, dessen Umsetzung von der Gemeinde leider komplett verschlafen wurde, dem Zuzug junger Familien sowie der aufgrund der Grenzlage hohen Inanspruchnahmequote von Krippenplätzen von fast 60 Prozent, im Vergleich zu bundesweit 35 Prozent. Nächster Schritt der Ausbaustrategie stellt der Bau der Kindertagesstätte Neue Mitte an, die als vierte gemeindeeigene Einrichtung im Pavillon

2 der Bärenfelsschule entstehen soll. Die fünfgruppige Kita mit zwei Krippen- und drei Kindergartengruppen soll Teil des „Bildungscampus Neue Mitte“ werden, in dem unter einem Dach Bildung und Betreuung vom Krippenalter bis zur vierten Klasse gebündelt wird. Für 2020 sind für die weiteren Leistungsphasen Planungskosten von 230.000 Euro im Haushalt eingestellt. Baubeginn des Projektes mit einem Umfang von 3,8 Mio. Euro soll Anfang 2021 sein. Neben dem Bau der Einrichtungen brauchen wir dringend qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher für ihren Betrieb. Hier wird sich unsere gestartete Ausbildungsinitiative absehbar positiv auswirken.

2020 starten in unseren Schulen umfangreiche Baumaßnahmen. Innerhalb der nächsten drei Jahre wird das Schulzentrum mit Gymnasium und Realschule saniert und aufgestockt. Es entstehen zehn Klassenzimmer sowie eine ausreichend dimensionierte Mensa, die naturwissenschaftlichen Fachräume werden komplett erneuert, die Lehrerarbeitsbereiche modernisiert und erweitert. Damit tragen wir den Anforderungen an eine moderne Schule Rechnung, aber auch den mit dem Wegfall der Werkrealschule in der Bärenfelsschule verbundenen höheren Schülerzahlen. Die Maßnahme wird in Summe über 8 Millionen Euro kosten, davon fließen 1,8 Mio. Euro Zuschüsse aus Landesmitteln.

Zum Schuljahr 2018/19 startete an der Lindenschule die Ganztagesgrundschule in Wahlform. Um mit dem Ganztagesbetrieb starten zu können, brauchte es eine provisorische Mensalösung. Diese wurde rechtzeitig fertig, muss nun aber mit einer dauerhaften Lösung ersetzt werden. 2020 wird daher für 450.000 Euro der Küchenbereich der Mensa zu einer Ausgabeküche umgebaut werden. In den vergangenen beiden Jahren investierte die Gemeinde während des laufenden Schulbetriebs bereits 380.000 Euro in die Sanierung und Modernisierung des Bestandsgebäudes. Im neuen Jahr soll die Erneuerung der Gymnastikhalle abgeschlossen werden. Für 280.000 Euro entstehen 2020 zusätzliche Räume sowie ein neuer Außenbereich für die Ganztagesbetreuung. Darüber hinaus stehen im Haushalt Planungsmittel zur Verfügung für den Erweiterungsbau-Ost, mit dem ab 2021 die Mensafläche erweitert, ein zusätzliches Klassenzimmer sowie ein weiterer Neigungsraum geschaffen werden. Ich bin überzeugt, dass sich diese umfangreiche Investitionen in Bildungs- und Betreuungsangebote von der Krippe bis zum Gymnasium auszahlen werden. Das ist eine wichtige Zukunftsinvestition in die Köpfe unserer Kinder und Jugendlichen, die den Schulstandort dauerhaft sichert, was nicht zuletzt auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor ist.

Im vergangenen Jahr wurde hat die Gemeinde den Betrieb sämtlicher Mensen unserer Krippen, Kindergärten und Schulen übernommen. Im Zuge dieser Maßnahme fanden umfangreiche organisatorische Veränderungen statt, wie etwa ein zentraler Einkauf und eine einheitliche Menüplanung, differenziert nach den Altersbereichen Kita, Grundschulen und weiterführende Schulen. Ziel ist, einerseits die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, aber auch die Qualität durch Bio-Angebote sowie einer größeren Anzahl frisch zubereiteter Komponenten. Mit der Einführung der Schulsozialarbeit an der Lindenschule verfügen nun alle Schulen über ein solches Angebot, das sehr gut angenommen wird und den sich wandelnden gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt.

Im vergangenen Jahr konnten wir mit dem zweiten Bauabschnitt der Sanierung der Hochrheinhalle ein wichtiges Projekt im Zeit- und Kostenplan von 1,4 Millionen Euro abschließen. Ein schönes Beispiel, dass energetische Sanierung nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch wirtschaftlich ist, ist die neue, tageslichtgesteuerte LED-Beleuchtung. Zusammen mit den vergrößerten Lichtschächten im neuen Dach spart sie 35 Tonnen CO₂ pro Jahr und verringert die Stromkosten um 20.000 Euro pro Jahr. Die Amortisation der Investition liegt bei 6,5 Jahren! Die bei der Schränzer-Nacht am vorvergangenen Freitag aufgetretenen Probleme mit der neuen Brandmeldeanlage werden wir bis zur Fasnacht gelöst haben.

Einen Durchbruch gab es Ende 2019 bei der Umsetzung des seit mehreren Jahren ausgearbeiteten Sportstättenkonzeptes. Der Gemeinderat beschloss den Bau eines Kunstrasenplatzes auf der bestehenden Sportanlage am Grienboden. Insgesamt investiert die Gemeinde eine Million Euro, abzüglich 120.000 Euro Landesförderung, für den Kunstrasenplatz und eine neue Flutlichtanlage.

Angesichts des sich abzeichnenden EU-Verbots für Kunststoff-Granulat soll Kork oder Sand als Füllmaterial für den Kunstrasenplatz dienen. Mit dem Bau wird im Frühjahr 2020 begonnen werden. Das Gesamtkonzept sieht, dass die SG Grenzach-Wyhlen das Grenzacher Clubhaus, das sich bisher in Gemeindeeigentum befand und in einem sehr schlechten baulichen Zustand ist, auf Erbpachtbasis übernimmt und eigenständig saniert. Der Verein verkaufte das Wyhlener Vereinsheim an den früheren Pächter und wird den Erlös in das Grenzacher Clubheim investieren. Insgesamt trägt der Verein hierfür Kosten von rund 500.000 Euro, abzüglich eines Zuschusses des Sportbunds von 84.000 Euro. Nach Fertigstellung der Arbeiten wird es in unserer Gemeinde endlich eine zentrale Sportanlage mit guten Rahmenbedingungen für die 300 aktiven Fußballspielerinnen und Fußballspieler, darunter über 240 Kinder und Jugendliche, geben. Der bisherige Wyhlener Sportplatz und das Nussbaumstadion werden als Spielstätten wegfallen, was den Pflege- und Unterhaltungsaufwand deutlich verringern wird. Das Sportstättenkonzept ist in Gemeinderat und Öffentlichkeit sehr intensiv diskutiert worden. Es wurden viele alternative Varianten hinsichtlich Standort, Belag und Kosten geprüft. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat eine richtige und zukunftsweisende Entscheidung getroffen hat.

Bei der Aufarbeitung der finanziellen Altlasten wurden wichtige Etappenziele erreicht. Wir konnten, nachdem wir 2018 rückwirkend zum 1.1.2013 die Eröffnungsbilanz der Gemeinde aufgestellt hatten, im vergangenen Jahr die beiden Jahresabschlüsse 2013 und 2014 vorlegen. Für das Team der Finanzverwaltung bedeutet die Aufarbeitung der geerbten Altlasten eine enorme zusätzliche Belastung neben dem laufenden Tagesgeschäft. Auch bei der Aufarbeitung der Steuerthematik – da keine Steuererklärungen abgegeben wurden wurde die Gemeinde bis zum Jahr 2014 teilweise vom Finanzamt geschätzt – kamen wir voran. Beim schwebenden Damoklesschwert des Gewerbesteuerückzahlungsrisikos hat sich 2019 endlich etwas getan. Zur Erinnerung: In den Jahren 2012 und 2017 gab es aufgrund einer Betriebsprüfung Gewerbesteuernachzahlungen an die Gemeinde von 10 Mio. Euro und 7,3 Mio. Euro. Diese Zahlungen musste die Gemeinde annehmen, erfolgten aber unter Vorbehalt, da sie Teil von sogenannten Verständigungsverfahren zwischen Deutschland, der Schweiz und der USA sind. Im schlimmsten Fall muss die Gemeinde nach Abschluss der Verfahren die gesamte Nachzahlung oder Teile davon erstatten - verzinst mit den gesetzlich festgelegten 6 Prozent pro Jahr. Das gesamte Gewerbesteuerückzahlungsrisiko belief sich Ende 2018 auf 25,6 Mio. Der Gemeinderat beschloss eine Rückstellungsbildung in der Bilanz von 50 Prozent, um das Risiko abzubilden und Vorsorge zu treffen. Der Schulterchluss mit den anderen betroffenen Standortkommunen und die gemeinsamen politischen Initiativen auf Bundes- und Landesebene führten zu keiner Veränderung der absurden Situation. Dies verwundert nicht, da der Gesamtstaat saldiert von den hohen Nachzahlungszinsen jährlich in dreistelliger Millionenhöhe profitiert. Im April 2019 erhielt die Gemeinde die Nachricht, dass in den Verständigungsverfahren für die Jahre 2004-2011 eine Rückzahlung in Höhe von 3,76 Mio. Euro zuzüglich Zinsen von 2,18 Mio. Euro, in Summe also 5,94 Mio. Euro, zu erfolgen hat. Das Rückzahlungsrisiko aus diesem Zeitraum belief sich inklusive Zinsen auf 16 Mio. Euro. Diese Rückzahlung tut zwar weh, es hätte aber deutlich schlimmer kommen können. Durch Gewerbesteuerermehreinnahmen im Lauf des Jahres 2019 konnten zum Glück Teile dieser 5,9 Millionen Euro kompensiert werden. Im Mechanismus des kommunalen Finanzausgleichs wird es für die Gemeinde zudem in den Folgejahren noch kompensierende Folgeeffekte geben. Das verbleibende Rückzahlungsrisiko aus den noch laufenden Verfahren beträgt aktuell rund 10 Mio. Euro. Wann die noch offenen Verfahren zu einem Abschluss kommen und wie diese ausgehen werden, ist ungewiss. Wir fordern von der Politik auf Bundes- und Landesebene daher endlich wirksame Regelungen, die diese Verständigungsverfahren im Interesse der betroffenen Kommunen beschleunigen, den Zinssatz anpassen und das Zinsrisiko nicht einseitig auf die Städte und Gemeinde abwälzen.

Der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung trägt Früchte, muss aber angesichts der anstehenden Investitionen und Sanierungsmaßnahmen konsequent weiter verfolgt werden. Ziel ist

ein strukturell ausgeglichener Ergebnishaushalt. In den Ergebnishaushalten 2019 und 2020 wird es trotz schwieriger Rahmenbedingungen erstmals leichte Überschüsse geben. Dies haben wir einerseits durch zahlreiche Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung erreicht, die zwar teilweise unpopulär, aber dringend geboten waren. Viele Beiträge und Gebühren, wie zuletzt die Friedhofgebühren, waren seit vielen Jahren nicht angepasst worden, übrigens trotz mehrfacher Aufforderung der Aufsichtsbehörden. Neben der Einnahmeseite liegt der Fokus auf der Ausgabenseite: Die seit 2018 regelregelmäßig tagende Haushaltsstrukturkommission stellt alle Ausgaben und freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Die neu geschaffene zentrale Beschaffungs- und Vergabestelle konnte bereits einige Einsparungen und Synergien erzielen. In den kommenden Jahren werden wir uns neben den Pflichtaufgaben im Bereich Bildung und Betreuung auf den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur konzentrieren.

Grenzach-Wyhlen möchte eine lebens- und liebenswerte Gemeinde mit attraktiven Angeboten für alle Generationen sein. Aufgrund des demografischen Wandels wird zusätzlich zu den Angeboten für Kinder- und Jugendlichen die Seniorenarbeit wichtiger. Unsere Seniorenbeauftragte Ilona Fritzschild hat im vergangenen Jahr mit dem Projekt „Grenzach-Wyhlen Gemeinsam LebensWert schaffen“ eine Strategie für die Seniorenarbeit erarbeitet. Neben einer großen Bedarfsumfrage unter allen Bürgerinnen und Bürger ab 60 Jahren wurden ein Seniorenbeirat gegründet, ein Seniorenratgeber erstellt, eine Machbarkeitsstudie für ein Mehrgenerationenhaus ausgearbeitet sowie ehrenamtliche Initiativen gefördert. Als nächster Schritt sollen die Beratungsangebote zu Pflege und Wohnen im Alter ausgebaut und die Schaffung altengerechter Wohn- und Pflegeangebote vorangetrieben werden. Das Familienzentrum in Wyhlen entwickelt sich hervorragend und hat eine wichtige integrative Funktion, absehbar wird es größere Räumlichkeiten benötigen.

Im Mittelpunkt unseres Gemeinwesens stehen die Menschen. Viele von ihnen engagieren sich ehrenamtlich in den über 70 Vereinen oder sonstigen Initiativen und bereichern damit unser Zusammenleben. Dafür möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Ich bin stolz auf unsere vielfältige Vereinslandschaft, die wir als Gemeinde nach Kräften fördern. Wir sind einige der wenigen Kommunen, in denen Vereine bis heute keine Hallenbenutzungsgebühren bezahlen müssen. Allein das entspricht einer Förderung von rund 350.000 Euro pro Jahr!

Danken möchte den Mitgliedern unserer Freiwilligen Feuerwehr mit dem wiedergewählten Kommandant Claus Werner, die sich im vergangenen Jahr in wieder rund 100 Einsätzen bewährt haben. Wir sind stolz auf unsere schlagkräftige, gut ausgestattete und ausgebildete Truppe. Ich freue mich auf die Lieferung und Einweihung des neuen HLF 20/20 im neuen Jahr!

Die zahlreichen, komplexen Projekte und Aufgaben unserer Gemeinde könnten nicht erfolgreich bewältigt werden ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Ihnen allen und besonders den Amtsleiterinnen und Amtsleitern Karin Schöttler, Sabine Schneider, Jürgen Käuflin und Marco Prinzbach möchte ich herzlich Danke sagen für ihre engagierte Arbeit. Die Verwaltung sieht sich als moderne Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger. Besonderen Dank spreche ich den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus, die sich ehrenamtlich für Grenzach-Wyhlen engagieren. Ich schätze sehr das gute Miteinander im Gremium und die konstruktive, fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Den nach der Kommunalwahl 2019 ausgeschiedenen Ratsmitgliedern danke ich für ihren teilweise jahrzehntelangen Einsatz für unsere Gemeinde bei der nicht immer einfachen Ausübung dieses wichtigen Mandates.

Ich freue mich auf ein spannendes, für unsere Gemeinde gutes Jahr 2020! Lassen Sie uns gemeinsam die anstehenden Herausforderungen angehen und unser Grenzach-Wyhlen in das neue Jahrzehnt führen. Möge es für unsere Gemeinde ein goldenes Jahrzehnt werden!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!